

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 02 - Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung der Fachausschüsse

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 02 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 02 in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An der Beratung nahmen u. a. die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Hauptausschusses,
- 2 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (davon ein im Hauptausschuss noch nicht behandelter Antrag),
- 3 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 5 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 6 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei führte zu den Eckpunkten des Einzelplanes 02 aus und hob hervor, dass die Staatskanzlei den erforderlichen Konsolidierungsbeitrag für den Gesamthaushalt erbracht habe. Einsparungen in den Bereichen Lausitzkoordinator und Bündnis für Brandenburg seien mit Augenmaß vorgenommen worden; die Aufgabenerfüllung sei nicht gefährdet. Die vom Hauptausschuss empfohlene Erhöhung der Mittel für die Förderung des Lokaljournalismus begrüßt sie.

Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit für Rückfragen an die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei. Anschließend stellten die Vertreter der Fraktionen deren Änderungsanträge im Allgemeinen vor, mit Verweis auf die ausführliche inhaltliche Beratung im Hauptausschuss und die vorliegenden Antragsbegründungen.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion zielten unter anderem auf eine Streichung der Mittel für die Titelgruppen 65 (Bündnis für Brandenburg) und 66 (Tolerantes Brandenburg) ab.

Die von dem Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Änderungsanträge sahen vor allem eine im Vergleich zum vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen stärkere Erhöhung der Mittel für die Förderung des Lokaljournalismus und zusätzliche Mittel für Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz vor.

Eine Erhöhung der Mittel für Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz beantragte ebenfalls das Ausschussmitglied der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Weitere Änderungsanträge zielten unter anderem auf die Verstetigung der Mittel für die Förderung des Lokaljournalismus sowie die Rücknahme der im Haushaltsplanentwurf vorgenommen Kürzungen im Bereich Ehrenamt ab.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit.

Die beiden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sind angenommen worden, einer davon einstimmig.

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses, ergänzt um die Annahme des dem mitberatenden Ausschuss noch nicht vorliegenden Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen. Damit wird dem Landtag zur Annahme in 2. Lesung hauptsächlich die Erhöhung der Zuschüsse für die Förderung lokaljournalistischer Angebote empfohlen.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen bei fünf Gegenstimmen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Hauptausschusses (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 02

**Ministerpräsidentin,
Ministerpräsident und Staatskanzlei**

| Beträge in Euro | | | |
|-----------------------------------|---------------------|---|---------------------------|
| | Ansatz HG-E 2022 | Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/- | Neuer Ansatz HG-E 2022 |
| Gesamteinnahmen | 1.162.200 | -- | 1.162.200 |
| Gesamtausgaben | 27.673.200 | <u>+500.000</u> | <u>28.173.200</u> |
| Verpflichtungs- ermächtigungen | 943.600 | -- | 943.600 |
| Stellen | 210 | -- | 210 |

| Kapitel/ Titel/ (Seite) | Zweckbestimmung | Ansatz HG-E 2022 | Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/- | Neuer Ansatz HG-E 2022 |
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|

02 010 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

(S. 15) HGr. 5: Sachliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

| | | | | |
|-------------------|---------------------------|---------|----|---------|
| 533 10 (S. 20) | Kosten für Repräsentation | 170.000 | -- | 170.000 |
|-------------------|---------------------------|---------|----|---------|

Erläuterungen (Änderung):

Veranschlagt für

| | 2022 EUR |
|---|-----------------------|
| 1. Staatsbesuche und Auslandsdienstreisen | <u>70.000</u> |
| 2. Empfänge und Veranstaltungen | 75.000 |
| 3. Arbeitsgespräche und Gästegruppen | 25.000 |
| Summe | <u>170.000</u> |

Weniger, da Brandenburg in 2021 den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz-Ost hatte, in dessen Rahmen eine große Konferenz und mehrere kleinere Konferenzen durchgeführt wurden.

| Kapitel/ Titel/ (Seite) | Zweckbestimmung | Ansatz HG-E 2022 | Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/- | Neuer Ansatz HG-E 2022 |
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|
|-------------------------------|-----------------|---------------------|---|---------------------------|

(S. 22) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen

| | | | | |
|---------------|---|----------------|-----------------|------------------|
| 685 10 | Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Ein- | <u>500.000</u> | <u>+500.000</u> | <u>1.000.000</u> |
| (S. 24) | richtungen | | | |

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 02

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort) | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/- | Abstimmung HA | Abstimmung AHF |
|----------|----------------------|---------|--------|-------|---|--------------------------------------|---|---------------|----------------|
| 1 | BVB/FW | 02 010 | 526 10 | 18 | Brandenburg-Monitor | -30.000 | -- | 4/7/0 | 5/6/0 |
| 2 | SPD, CDU, GRÜNE/ B90 | 02 010 | 533 10 | 20 | Kosten für Repräsentation | Änderung Erläuterungen | -- | -- | 10/0/1 |
| 3 | AfD | 02 010 | 684 20 | 23 | Streichung der Zuschüsse an den Verein „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ | -403.000 VE ¹ -109.000 | -- | 3/8/0 | 3/8/0 |
| 4 | DIE LINKE | 02 010 | 685 10 | 24 | Förderung lokaljournalistischer Angebote | +1.000.000 | EP ² 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage | 2/9/0 | 2/9/0 |
| 5 | SPD/ CDU/ GRÜNE/ B90 | 02 010 | 685 10 | 24 | Förderung lokaljournalistischer Angebote | + 500.000 | EP 01 01 020, 972 10 Globale Minderausgabe | 8/3/0 | 8/3/0 |

¹ Verpflichtungsermächtigung

² Einzelplan

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort) | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/- | Abstimmung HA | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|---------------------|-------|--|--------------------|--|---------------|----------------|
| 6 | BVB/FW | 02 010 | 685 10 | 24 | Lokaljournalismus | VE neu | -- | 2/9/0 | 2/9/0 |
| 7 | BVB/FW | 02 010 | 633 60 | 27 | Ehrenamtsförderung | +200.000 | EP 02 02 010, 526 10 Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben (-30.000) 02 010, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-170.000) | 5/6/0 | 5/6/0 |
| 8 | BVB/FW | 02 010 | 681 60 | 27 | Mobilitätzuschuss | +100.000 | EP 02 02 010, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 5/6/0 | 5/6/0 |
| 9 | AfD | 02 010 | TGr ³ 65 | 30 | Bündnis für Brandenburg (Streichung der Mittel) | -890.000 | -- | 3/8/0 | 3/8/0 |

³ Titelgruppe

| Lfd. Nr. | Einbringer | Kapitel | Titel | Seite | Zweckbestimmung (oder Stichwort) | 2022 +/- Sonstiges | Deckung aus +/- | Abstimmung HA | Abstimmung AHF |
|----------|------------|---------|---------|-------|---|---------------------------|---|---------------|----------------|
| 10 | DIE LINKE | 02 010 | 531 65 | 30 | Bündnis für Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit | +40.000 | EP 01 01 010, 684 50 Zuschüsse zu den Aufsetzungskosten des Skulpturenschmucks auf dem LT-Gebäude (-30.000) EP 02 02 010, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-10.000) | 2/9/0 | 2/9/0 |
| 11 | DIE LINKE | 02 010 | 633 65 | 30 f. | Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Regionalbudgets Bündnis für Brandenburg | +360.000 | EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage | 2/9/0 | 2/9/0 |
| 12 | AfD | 02 010 | TGr. 66 | 31 | Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (Streichung der TGr zu Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ | -3.164.700 VE: 474.600 | | 3/8/0 | 3/8/0 |

[illegible]

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 02

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | | | | |
|-------------------------|-----------------|-----------------|--|---------------|--|
| Seite: | siehe Anlage | Kapitel: | | Titel: | |
| Zweckbestimmung: | Zweckbestimmung | | | | |

Stichwort: Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdFE Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdFE die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2022 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdFE ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

| Epl | Kapitel & Titel / Vorwort / Anlagen | Seite | Zweckbestimmung | Stichwort | bisherige Formulierung | Formulierung neu | Begründung |
|-----|-------------------------------------|-------|---------------------------|---------------------|---|--|---|
| 02 | 02 010 / 533 10 | 20 | Kosten für Repräsentation | Erläuterungstabelle | 1. Staatsbesuche und Auslandsdienstreisen 80.000 <u>Summe: 180.000</u> | 1. Staatsbesuche und Auslandsdienstreisen <u>70.000</u> <u>Summe: 170.000</u> | Falsche Aufsummierung in der Erläuterungstabelle |

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 02 (Staatskanzlei)**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|--|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 24 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 5 1 0 |
| Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen | | |

Stichwort: Förderung lokaljournalistischer Angebote**Ansatz im Entwurf 2022**

500.000 €

Änderung (+/-):

+500.000 €

Ansatz neu:

1.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

| Deckung bei: | | | | |
|--------------|---------|--------|-----------------------|-------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 31 | 01 020 | 972 10 | Globale Minderausgabe | 500.000 € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | 500.000€ |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Koalition hat sich gemeinsam darauf verständigt, den Lokaljournalismus im Land Brandenburg zu unterstützen und dauerhaft zu fördern, denn lokale und regionale Angebote sind ein wichtiger Bestandteil einer unabhängigen und informativen Medienlandschaft. Durch die Neuregelung im Medienstaatsvertrag ist Brandenburg zum Vorreiter in ganz Deutschland geworden. Diese Rolle ist selbstverständlich auch davon abhängig, weiterhin lokaljournalistische Angebote umfassend finanziell zu fördern. Im Jahr 2021 hat der Landtag Brandenburg dafür eine Million Euro zur Unterstützung bereitgestellt. Bereits im ersten Jahr der Umsetzung konnten so neben neuen Sendungen im lokalen Fernsehen auch Podcasts, crossmediale Reportagen, lokaljournalistische Blogs auch Nachrichtenformate für das Smartphone unterstützt werden. Die Zahl der Anträge auf Projektförderung hat die Erwartungen weit übertroffen. In Anbetracht des Konsolidierungszwangs ist eine Reduzierung dieser Unterstützung im Jahr 2022 zwar nachvollziehbar, doch mit 50 Prozent zu hoch. Daher soll mit dieser Änderung der Ansatz gegenüber dem Haushaltsentwurf erhöht werden.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 02

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|---|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 18 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 5 2 6 1 0 |
| Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben | | |

Stichwort: Brandenburg-Monitor

| | |
|-------------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 60.000 € |
| Änderung (+/-): | - 30.000 € |
| Ansatz neu: | 30.000 € |

| | |
|--|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

| | |
|--|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

Deckung bei:

| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| | | | | € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

2022
EUR

| | |
|--|----------------------|
| 1. Analysen zu politischen Schwerpunktthemen im Land Brandenburg | 0 |
| 2. Gutachterliche Analysen zu aktuellen politisch übergreifenden Schwerpunktthemen | 15.000 |
| 3. Sonstiges (u.a. Rechtsgutachten, Rechtsvertretungen, Honorartätigkeit, Prozess- und Gerichtskosten) | 15.000 |
| 4. Repräsentative Erhebung – „Brandenburg-Monitor“ | 30.000 |
| Summe | <u>30.000</u> |

Die Mittel sind u.a. veranschlagt für Rechtsgutachten, Rechtsvertretungen, Prozess- und Gerichtskosten.

~~Mehr, da alle zwei Jahre die repräsentative Erhebung – „Brandenburg-Monitor“ – durchgeführt wird.~~

Begründung:

Der gesamt Haushalt 2022 steht unter Konsolidierungsdruck, denn es sind infolge der Corona-Pandemie viele Herausforderungen zu meistern und zu finanzieren. Daher sollte auf alle Ausgaben, die nicht unabweisbar sind, verzichtet werden. Aus diesem Grund ist der Ansatz um den „Brandenburg-Monitor“ zu reduzieren.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|--|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 23 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 4 2 0 |
| Zweckbestimmung: Zuschüsse an den Verein „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ | | |

Stichwort: Streichung dieser Zuschüsse

| | |
|-------------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 403.000 € |
| Änderung (+/-): | -403.000 € |
| Ansatz neu: | 0 € |

| | |
|--|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|--|---|

| | |
|--|-------------|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | 109.000 € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten 2023: | - 109.000 € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | 0 € |

| Deckung bei: | | | | |
|--------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| | | | | € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“, die als Stabsstelle in der Staatskanzlei angesiedelt ist, administriert und organisiert das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“. Um sie herum hat man privatrechtlich verfasste „Akteure“ in ein sogenanntes Beratungsnetzwerk zusammengeführt. Hierzu zählt seit etlichen Jahren das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ wurde bis 2011 vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gesteuert und sodann aufgrund eines Beschlusses der Landesregierung in einen eigens hierfür gegründeten „Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ überführt. Dieser Verein wird seit seiner Existenz jährlich mit stets ansteigenden Zuwendungen im sechsstelligen Bereich bedacht. Hat der Verein im Jahre 2020 noch 321.000,00 € erhalten so sind es nunmehr 403.000,00 €.

Das Bildungsministerium hat dem Verein zwei seiner ehemaligen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, sodass diese dieselben Geschäfte, die sie vorher im Ministerium wahrgenommen hatten, nun auf privatrechtlicher Ebene für das „Aktionsbündnis“ fortführen konnten (siehe hierzu Drucksache 6/7456, S. 1 und 6/10934, S. 2 f.). Hierbei handelt es sich um eine unzulässige Umgehung des staatlichen Neutralitätsgebots und des Gebots der Chancengleichheit politischer Parteien, denn die Landesregierung hält die privatrechtlich verfassten Akteure des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ entgegen zutreffender anderer Auffassungen, insbesondere des Parlamentarischen Beratungsdienstes (vgl. Gutachten (PBD) 12.02.2018 6/39, S. 45 f., 67 f. und 70 f.) nicht für an das staatliche Neutralitätsgebot gebunden, selbst wenn sie im Auftrag des Staates tätig werden. Die Landesregierung sieht, wie sie mitteilt, einen Bildungsauftrag darin, über demokratiefeindliche Bestrebungen und Parteien aufzuklären (vgl. Drucksache 6/10934, S. 4 und 6). Da es der Landesregierung selbst verfassungsrechtlich untersagt ist, gegen die Chancengleichheit politischer Parteien zu verstoßen, erfolgt diese „Aufklärung“ über vermeintliche demokratiefeindliche Bestrebungen und Parteien nun durch Kampagnen von Seiten des erwähnten „Aktionsbündnisses“ gegen die Alternative für Deutschland, die die Diffamierung des politischen Gegners zum Ziel haben (siehe Gutachten (PBD) 12.02.2018 6/39, S. 67 ff.). Virulent wird die

„Governance“-Struktur des „Toleranten Brandenburgs“ überdies auch dann, wenn Informationen zwischen der Koordinierungsstelle und dem Verfassungsschutz ausgetauscht werden und diese dann an private Dritte – nämlich die Akteure des Beratungsnetzwerks – weitergereicht werden (näher hierzu die Vorbemerkungen in Drucksache 6/10289, S. 1).

Von den insgesamt 403.000,00 €, die der Verein im Jahre 2022 erhalten soll, sind allein 305.000,00 € für Personalausgaben geplant, die für insgesamt 4,5 Vollzeitstellen verwendet werden sollen. Die Mitarbeiter des Vereins – insbesondere wohl auch die früheren Angestellten des Ministeriums – werden demnach aus Steuermitteln mit üppigen Vergütungen ausgestattet. Letztlich wird mit Mitteln und vor allem auf Kosten des Steuerzahlers gegen einen parteipolitisch nicht genehmen Wettbewerber vorgegangen, wovon im Wesentlichen die Mitarbeiter des Vereins profitieren, die mit großzügig bemessenen Gehältern rechnen dürfen. Dies ungeachtet der Tatsache, dass auf den Landeshaushalt in Anbetracht der bereits erheblichen zusätzlichen Verschuldung in den vergangenen Jahren und der noch nicht bewältigten Coronakrise sowie der zu stehenden Energiewende enorme Herausforderungen zukommen. Die „institutionelle Förderung“ (so die Erläuterungen zu diesem Haushaltstitel) eines Vereins, der die Aufgaben einer „Geschäftsstelle“ „eines Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ wahrnehmen soll, ohne, dass konkrete und überprüfbare Zielvorgaben der Mittelverwendung genannt werden, widerspricht den Vorgaben von § 7 LHO des Landes Brandenburg. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind nicht erfüllt. Der Titel ist zu streichen, ebenso wie die Verpflichtungsermächtigung für 2023.

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|--|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 24 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 5 1 0 |
| Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen | | |

Stichwort: Förderung lokaljournalistischer Angebote**Ansatz im Entwurf 2022**

500.000 €

Änderung (+/-):

+ 1.000.000 €

Ansatz neu:

1.500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

| Deckung bei: Einzelplan 20 | | | | |
|----------------------------|---------|--------|---------------------------------------|-------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 18 | 20 020 | 359 15 | Entnahme aus der allgemeinen Rücklage | 1.000.000 € |
| insgesamt: | | | | 1.000.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind veranschlagt für die Förderung lokaljournalistischer Angebote in Brandenburg auf der Basis von § 8 Abs. 1 Nr. 12 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien.

Begründung:

Laut Koalitionsvertrag sollten pro Jahr 1,5 Mio. € für die Förderung lokaljournalistischer Angebote in Brandenburg ausgereicht werden. In der 10. Sitzung des Hauptausschusses am 19.8.2020 bekräftigte die Staatskanzlei diese Planung. Doch schon in den Haushaltsberatungen im letzten Jahr wurde deutlich, dass die Koalition nicht gewillt ist, dieses Versprechen zu halten. Dies ist auch aufgrund der gestiegenen Anforderungen an die mabb grob fahrlässig, denn nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist sie für den Bereich der Telemedien zuständig. Dies bedeutet, dass sich die mabb mit Techgiganten wie google, Facebook oder YouTube auseinandersetzen muss und die Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten schützen muss. Für die demokratische Kultur im Land Brandenburg ist die Förderung daher von enormer Wichtigkeit.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|---|--------------------|------------------|
| Seite: 24 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 5 1 0 |
| Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen | | |

Stichwort: Lokaljournalismus

| | |
|------------------------|-----------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 500.000 € |
| Änderung (+/-): | 0 € |
| Ansatz neu: | 500.000 € |

| | |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

| | |
|-----------------------------------|---------------|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | 0 € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | |
| | + 2.000.000 € |
| 2023 | + 500.000 € |
| 2024 | + 500.000 € |
| 2025 | + 500.000 € |
| 2026 f. | + 500.000 € |

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

| | |
|---------|-------------|
| | 2.000.000 € |
| 2023 | 500.000 € |
| 2024 | 500.000 € |
| 2025 | 500.000 € |
| 2026 f. | 500.000 € |

Deckung bei:

| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| | | | | € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Förderung des Lokaljournalismus ist Bestandteil des Beschlusses Drucksache 7/1246-B. Auch ohne die Corona-Pandemie war die wirtschaftliche Lage von Brandenburger Print- und Onlinemedien sowie von lokalen Radio- und TV-Sendern sehr schwierig.

Um den lokaljournalistische Angebote auch weiterhin zu ermöglichen, benötigt diese Branche Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Förderung darf mit dem Haushaltsansatz für 2022 nicht enden. Aus diesem Grund ist für die Zukunft ein jährlicher Haushaltsansatz in Höhe des Planansatzes für 2022 erforderlich.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|---|--------------------|------------------|
| Seite: 27 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 3 3 6 0 |
| Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements | | |

Stichwort: Ehrenamtsförderung

| | |
|------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 0 € |
| Änderung (+/-): | + 200.000 € |
| Ansatz neu: | 200.000 € |

| | |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

| | |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: | | | | |
|---------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 18 | 02 010 | 526 10 | Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben | 30.000 € |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 170.000 € |
| insgesamt: | | | | 200.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Streichung von Mitteln zur Förderung des Ehrenamtes aus Konsolidierungsgründen im Jahr 2021 hat offensichtlich dazu geführt, dass auch in 2022 keine Ehrenamtsförderungen mehr geplant sind.

Die Bundesregierung bezeichnet das Ehrenamt als „Rückgrat der Gesellschaft“; die Brandenburger Landesregierung sieht das mit der Haushaltsveranschlagung offensichtlich anders.

Ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement haben eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Die Förderung des Ehrenamtes, dem freiwilligen Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger ohne Bezahlung für das Gemeinwohl, muss wieder Eingang in den Brandenburger Landeshaushalt finden; mindestens in Höhe des Ist 2020.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 27 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 1 6 0 |
| Zweckbestimmung: Zuschüsse im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements - Mobilitätszuschuss | | |

Stichwort: Mobilitätszuschuss

| | |
|------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 0 € |
| Änderung (+/-): | + 100.000 € |
| Ansatz neu: | 100.000 € |

| | |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

| | |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: | | | | |
|---------------------|---------|--------|--|------------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 100.000 € |
| insgesamt: | | | | 100.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Streichung von Mitteln für die Gewährung von Mobilitätszuschüssen aus Konsolidierungsgründen im Jahr 2021 hat offensichtlich dazu geführt, dass auch in 2022 keine Mobilitätszuschüsse für erhöhte Mobilitätsaufwendungen ehrenamtlich Tätiger im Einzelplan 02 mehr geplant sind.

Die Bundesregierung bezeichnet das Ehrenamt als „Rückgrat der Gesellschaft“; die Brandenburger Landesregierung sieht das mit der Haushaltsveranschlagung offensichtlich anders.

Ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement haben eine große Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Die Gewährung von Mobilitätszuschüssen für ehrenamtlich Tätige muss wieder Eingang in den Brandenburger Landeshaushalt finden; mindestens in Höhe des Ist 2020.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 30 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: T G r 6 5 |
| Zweckbestimmung: Bündnis für Brandenburg | | |

Stichwort: Streichung der Mittel

| | |
|------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 890.000 € |
| Änderung (+/-): | -890.000 € |
| Ansatz neu: | 0 € |

| | |
|---|---|
| Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen) | € |
|---|---|

| | |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: | | | | |
|---------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| | | | | € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Zu der geplanten Mittelverwendung finden sich im Haushaltsplan kaum Detailinformationen, etwa zu geförderten Einzelprojekten oder einer überprüfbaren Zielsetzung. Die Erläuterungen der Landesregierung zu TGr 65 erschöpfen sich in intransparenten und unkonkreten Formulierungen, denen ein konkreter Verwendungszweck nicht zu entnehmen ist. So sollen die Mittel verwendet werden für den „Weg zum ‚wir‘“. Der Landesregierung schwebt ferner eine Mittelverwendung für die Förderung der „Weiterentwicklung des Gemeinwesens“ „unter Einbeziehung aller in Brandenburg lebenden Menschen“ vor. Gerade im Hinblick auf die desolate Haushaltslage des Landes und der Herausforderungen, die künftig auf das Land Brandenburg noch zukommen werden, ist für die Verwendung von Steuermitteln eine klare Zielsetzung mit überprüfbaren Zielvorgaben erforderlich, damit die Haushaltsmittel effizient eingesetzt werden können. § 7 der LHO des Landes Brandenburg sieht vor, dass bei der Aufstellung und Ausführung des Haushalts die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit anzuwenden sind. Wenn der Titelgruppe eines Haushaltsplans noch nicht einmal ein konkreter Verwendungszweck zu entnehmen ist – von einer überprüfbaren Zielsetzung ganz zu schweigen –, sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht erfüllt. Eben dies ist für den Haushaltsplan 2022 aber mehr denn je geboten. Die Titelgruppe ist daher zu streichen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|--|--------------------|------------------|
| Seite: 30 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 5 3 1 6 5 |
| Zweckbestimmung: Veröffentlichungen und Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit | | |

Stichwort: Bündnis für Brandenburg, Öffentlichkeitsarbeit

| | |
|------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 20.000 € |
| Änderung (+/-): | + 40.000 € |
| Ansatz neu: | 60.000 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

| | |
|-----------------------------------|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: Einzelplan 01 und Einzelplan 02 | | | | |
|---|---------|--------|---|-----------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 18 | 01 010 | 684 50 | Zuschüsse zu den Aufsetzungs- kosten des Skulpturenschmucks auf dem Landtagsgebäude | 30.000 € |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Ver- waltungsbudget | 10.000 € |
| insgesamt: | | | | 40.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Das Bündnis für Brandenburg hat eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Aufnahmege-
sellschaft und zugewanderten Menschen. Sie fördern aktiv die Bildung zu demokratischen
Verfahren und Einstellungen und sind damit ein Baustein in der Integrationssystematik. Um
ein möglichst breites gesellschaftliches Miteinander zu schaffen braucht es gerade heute
Bündnisse dieser Art. Neben der geplanten Streichung der Regionalbudgets des Bündnis-
ses für Brandenburg sind auch die Kürzungen in der Öffentlichkeitsarbeit fatal, denn sie
vermindern die Außenwirkung und damit die Wirksamkeit der Arbeit des Bündnisses.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|---|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 30 f. | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 3 3 6 5 |
| Zweckbestimmung: Bündnis für Brandenburg Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände | | |

Stichwort: Regionalbudgets Bündnis für Brandenburg

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 0 € |
| Änderung (+/-): | + 360.000 € |
| Ansatz neu: | 360.000 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

| | |
|--|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: Einzelplan 20 | | | | |
|-----------------------------------|---------|--------|---------------------------------------|------------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 18 | 20 020 | 359 15 | Entnahme aus der allgemeinen Rücklage | 360.000 € |
| insgesamt: | | | | 360.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges.

Begründung:

Das Bündnis für Brandenburg fördert Projekte und Maßnahmen, die den solidarischen Zusammenhalt stärken und die bessere Integration Geflüchteter ermöglichen sollen. Landkreise und kreisfreie Städte können über die Regionalbudgets Mittel beantragen, andererseits können auch Vereine und Verbände über eine Projektförderung Unterstützung erhalten.

Für eine gelingende Integration, für das Zusammenleben der Menschen in Brandenburg, sind die hierüber finanzierten Begegnungsprojekte und Netzwerke von Geflüchteten und engagierten Helfer*innen vor Ort eine wirkungsvolle und niedrigschwellige Maßnahme. Ein Wegfall der Regionalbudgets wäre auch im Hinblick auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen und die erwartbare Steigerung des Aufnahmesolls in den Kommunen ein fatales Signal.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|------------------|---------------------------|--------------------------|
| Seite: 31 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: T G r. 6 6 |
|------------------|---------------------------|--------------------------|

| |
|--|
| Zweckbestimmung: Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit |
|--|

| |
|---|
| Stichwort: Streichung der Titelgruppe zu Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ |
|---|

Ansatz im Entwurf 2021

3.164.700 €

Änderung (+/-):

-3.164.700 €

Ansatz neu:

0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

474.600 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten 2023:

-474.600 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|-------------------|---------|-------|-----------|-------------|
| | | | | € |
| | | | | € |
| insgesamt: | | | | € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Fortführung des Landesprogramms „Tolerantes Brandenburg“ in der jetzigen Fassung ist weder gesellschaftlich geboten noch gegenüber dem Steuerzahler zu rechtfertigen. Es bedarf neuer Impulse, um den extremistischen Aktivitäten im Land Brandenburg zu begegnen.

Im Einzelnen:

1. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist 1998 als verspätete Reaktion auf gesellschaftliche Phänomene in der Nachwendezeit ins Leben gerufen worden. Es zielt seit jeher nur auf die Bekämpfung von Rechtsradikalismus. Allerdings existiert bei der Umsetzung des Handlungskonzepts keine Trennung zwischen tatsächlichem Rechtsextremismus und demokratischen Kräften, die schlicht konservative Positionen vertreten. Insoweit werden von den so bezeichneten zivilgesellschaftlichen Akteuren, derer sich die Landesregierung bei der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ insbesondere seit 2005 bedient (vgl. Drucksache 6/10331, S. 2), keine erkennbaren Differenzierungen zwischen tatsächlichen Rechtsextremisten und der demokratischen politischen Rechten vorgenommen. Im Besonderen wird versucht, unter der Begrifflichkeit des „Rechtspopulismus“ die gebotene Trennung zwischen vollständig verschiedenen politischen Richtungen aufzulösen.
2. Auf der anderen Seite verweigert die Landesregierung die Aufnahme des Linksextremismus in das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Dadurch wird links-extremistischen Bestrebungen auf Landesebene von Seiten der Landesregierung nicht die notwendige Beachtung geschenkt, obwohl dies wegen der signifikant steigenden Personenzahlen im linksextremistischen Milieu (siehe die Vorbemerkungen in Drucksache 6/10593) und den aus der Untätigkeit der Regierung resultierenden Straftaten aus diesem Umfeld - wie etwa Anschläge auf die Verkehrsinfrastruktur in Brandenburg (siehe Drucksachen 6/10350 und 6/10588) - zum Schutz der Allgemeinheit dringend geboten ist. Der Bundesverfassungsschutz sieht im Gegensatz zur Landesregierung die Gefahr der Herausbildung eines neuen Linksterrorismus auch für Brandenburg sehr wohl (siehe Bundesamt für Verfassungsschutz, „Analyse Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus“ Stand 22.07.2020). So

weist das Bundesamt etwa auf die von gewaltbereiten Linksextremisten beworbenen Kampfsportveranstaltung „Anti-Fascist Martial Arts Event“ in Potsdam hin, die bereits zum zweiten Mal stattgefunden hat und eine Vernetzung der linksextremistischen Kampfsportszene beabsichtigt und bewirkt (Bundesamt für Verfassungsschutz aaO. S. 11). Das Bundesamt stellt fest, dass diese Veranstaltung von gewaltbereiten Linksextremisten beworben wird und die Möglichkeit besteht, dass Linksextremisten ihre Kampfsportkenntnisse gegen ihre politischen Gegner und Vertreter des Staates einsetzen (Bundesamt für Verfassungsschutz aaO. S. 12). Nicht zuletzt weist das Bundesamt für Verfassungsschutz darauf hin, dass die gewaltbereite linksextreme Szene sich gegenüber „anderen (subkulturellen) Spektren öffnet, um mit diesen zu kooperieren“ (Bundesamt für Verfassungsschutz aaO. S. 11). Es heißt dort weiter, dass derartige Zusammenschlüsse „überregional bis bundesweit ... zu einer Vervielfachung des gewaltorientierten Personenpotentials führen“ können und die beteiligten Personengruppen ideologische Schnittmengen in den Themenfeldern „Antifaschismus/Antirassismus, Antirepression und Antikapitalismus“ aufweisen (Bundesamt für Verfassungsschutz ebd.). Antifaschismus und Antirassismus sind aber eben die Themenfelder, die mit Mitteln aus der hier gegenständlichen Titelgruppe finanziert werden, womit der gewaltbereiten linken Szene den Weg geebnet wird.

3. Darüber hinaus ist die Bekämpfung des immer stärker zur Gefahr für die öffentliche Sicherheit werdenden Islamismus nur ein auf dem Papier existenter Programmpunkt des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (siehe dazu auch unten 4.), obwohl es so viele islamistische Gefährder in Brandenburg gibt wie noch nie zuvor. Die Zahl islamischer Extremisten steigt nach dem Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2020 (S. 10) seit dem Jahr 2013 kontinuierlich an. Im Jahr 2020 wurden 200 gezählt (2013: 30). Hinzu kommt die Ausdehnung islamistisch-legalistischer Bestrebungen, die zuvor nicht in Brandenburg aktiv waren. Rund 70 Personen weisen Bezüge zur „Islamistischen Nordkaukasischen Szene“ auf, die sich teilweise der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) unterstellt hat (Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2020 S. 10 und 140). Eine erhöhte Gefährdung ergibt sich – so der vorgenannte Verfassungsschutzbericht auf S. 10 nach wie vor daraus, dass in den letzten Jahren unter Ausnutzung der Flüchtlingsmigration auch islamische Extremisten nach Deutschland gekommen sind. Darunter solche, die über Kampferfahrung als Jihadisten verfügen. Durch den militärischen Zusammenbruch des terroristischen „Islamischen Staats“ versuchen zudem diejenigen nach Deutschland zurückzukehren, die zuvor aus Deutschland ausgereist waren, um sich dem IS oder anderen Terrororganisationen anzuschließen (Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2020 ebd).
4. Über das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat die Landesregierung eine gefährliche „Governance“-Struktur geschaffen. Als zentrale Stelle zur Umsetzung des Handlungskonzepts wurde die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“, die mittlerweile als Stabsstelle in der Staatskanzlei angesiedelt ist, eingerichtet. Sie übernimmt die administrativ-organisierende Rolle im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“. Um sie herum hat man privatrechtlich verfasste „Akteure“ in ein sogenanntes Beratungsnetzwerk zusammengeführt. Hierzu

zählen seit etlichen Jahren das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, die „Opferperspektive e.V.“, die „Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.“ sowie die „Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung“ und die „Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“. Die beiden letztgenannten Akteure sind jeweils nicht selbst rechtsfähige Geschäftsbereiche des Vereins „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“. Im letzten Jahr kam nach Auskunft der Landesregierung die seit 2017 existierende und seither mit einer beachtlichen Summe geförderte „Fachstelle Islam“ dazu, die allerdings bislang in nicht nennenswerter Weise in Erscheinung getreten ist (siehe Drucksache 6/10883, S. 1 ff.). Auch die „Fachstelle Islam“ zählt zum Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“ (siehe Drucksache 6/10454, S. 2). Ferner gibt es aktuell über 40 staatliche und nichtstaatliche „Kooperationspartner“ im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ (siehe Anlage 1 zu Drucksache 6/10331). Bemerkenswert ist insbesondere, dass das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ bis 2011 vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gesteuert wurde und sodann aufgrund eines Beschlusses der Landesregierung in einen eigens hierfür gegründeten „Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ überführt wurde. Dieser Verein wird seit seiner Existenz nicht nur jährlich mit Zuwendungen im sechsstelligen Bereich bedacht, sondern erhielt vom Bildungsministerium auch zwei Mitarbeiter, sodass diese dieselben Geschäfte, die sie vorher im Ministerium wahrgenommen hatten, nun auf privatrechtlicher Ebene für das „Aktionsbündnis“ fortführen konnten (siehe hierzu Drucksache 6/7456, S. 1 und 6/10934, S. 2 f.).

Hierbei handelt es sich um eine unzulässige Umgehung des staatlichen Neutralitätsgebots, denn die Landesregierung hält die privatrechtlich verfassten Akteure des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ entgegen zutreffender anderer Auffassungen, insbesondere des Parlamentarischen Beratungsdienstes (vgl. Gutachten (PBD) 12.02.2018 6/39, S. 45 f., 67 f. und 70 f.) nicht für an das staatliche Neutralitätsgebot gebunden, selbst wenn sie im Auftrag des Staates tätig werden. Die Landesregierung sieht, wie sie mitteilte, einen Bildungsauftrag darin, über demokratiefeindliche Bestrebungen und Parteien aufzuklären (vgl. Drucksache 6/10934, S. 4 und 6).

Eine Überprüfung dahingehend, ob nicht etwa im „Kampf“ gegen vermeintliche Rechtsextremisten finanzielle Mittel direkt oder indirekt an gewaltbereite Linksextremisten, fließen (siehe hierzu oben 2.), findet von Seiten der Landesregierung nicht statt. Die Zuwendungsbescheide an die sogenannten Akteure des Beratungszentrums „Tolerantes Brandenburg“ enthalten keine Bestimmung dahingehend, dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel nur auf dem Boden des Grundgesetzes agierenden natürlichen und juristischen Personen zufließen dürfen (etwa durch Auftragsvergabe auf privatrechtlicher Ebene). Und dies, obwohl belegt ist, dass es Verbindungen zwischen Akteuren des „Toleranten Brandenburgs“ und Linksextremisten gibt, wie sich etwa bei einer nur stichprobenartigen Akteneinsicht zum „Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ herausstellte. Auch Verknüpfungen zwischen der „Opferperspektive e.V.“ und der linksextremistischen Szene bestehen, wie Recherchen im Rahmen einer Kleinen Anfragen ergaben (siehe hierzu Drucksache 6/10931, S. 7). Ferner finden sich in

den Zuwendungsbescheiden für die Akteure des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ keine Nebenbestimmungen mit dem Inhalt, dass die staatlichen Förderungen weder zugunsten noch zulasten politischer Parteien verwendet werden dürfen (vgl. Drucksachen 6/10931, S. 4 und 6/10934, S. 4). Das ist weder mit dem Demokratie- noch mit dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar.

5. Schließlich bedarf es der Beendigung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ deshalb, weil es für das gesamte Netzwerk - bestehend aus Koordinierungsstelle, den Akteuren des „Beratungsnetzwerks“ sowie den „Kooperationspartnern“ - keine Fach- und/oder Rechtsaufsicht gibt (siehe Drucksachen 6/10211, 6/10601 und 6/10976). Das Netzwerk handelt also, obwohl der Staat es ins Leben gerufen hat und finanziell trägt, außerhalb staatlicher Aufsicht, soweit es die Überprüfung der Recht- und Zweckmäßigkeit von Maßnahmen der privatrechtlich verfassten Akteure betrifft. Das ist ein nicht länger hinzunehmender Missstand, den es umgehend zu beenden gilt.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|--|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 34 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 3 3 6 8 |
| Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung prioritärer Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz | | |

Stichwort: Förderung von Projekten für den Strukturwandel in der Lausitz I

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 150.000 € |
| Änderung (+/-): | + 112.500 € |
| Ansatz neu: | 262.500 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

| Deckung bei: | | | | |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 112.500 € |
| insgesamt: | | | | 112.500 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung von regionalen Vorhaben in der brandenburgischen Lausitz zur Strukturentwicklung, Förderung zur Realisierung von regionalen Kleinprojekten im Kontext der Strukturentwicklung.

~~Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges.~~

Begründung:

Der Strukturwandel in der Lausitz ist eine der größten Herausforderungen in Brandenburg.

Diese Region war viele Jahrzehnte geprägt durch den Braunkohleabbau und die Kohleverstromung. Durch den Ausstieg aus der Braunkohle steht die Lausitz von enormen Struktur- und wirtschaftlichen Problemen, die es zu bewältigen gilt.

Ministerpräsident Dietmar Woidke wird zitiert (www.berlin.de), „dass erfolgversprechende Ideen regionaler Akteure schnell in einen kontinuierlichen Prozess überführt werden müssten“.

Aus diesem Grund sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um innovative und prioritäre Projekte zu ermöglichen und umzusetzen

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|--|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 34 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 3 3 6 8 |
| Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung prioritärer Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz | | |

Stichwort: Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung regionaler Kleinprojekte

| | |
|-------------------------------|-----------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 150.000 € |
| Änderung (+/-): | +50.000 € |
| Ansatz neu: | 200.000 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022

| | |
|---|---|
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: Einzelplan 02 | | | | |
|----------------------------|---------|--------|---|-----------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 50.000 € |
| insgesamt: | | | | 50.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung von regionalen Vorhaben in der brandenburgischen Lausitz zur Strukturentwicklung, Förderung zur Realisierung von regionalen Kleinprojekten im Kontext der Strukturentwicklung.

Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges.

Begründung:

Durch den absehbaren Ausstieg aus der Braunkohle, der sich in den nächsten Jahren beschleunigen wird, wird auch der Strukturwandel an Dynamik gewinnen. Fördermaßnahmen für die Lausitz sind daher unabdingbar. Auf der einen Seite gibt es dafür die Bundesmittel, die jedoch mit klaren Förderkriterien, wie der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, versehen sind. Aber auch die zivilgesellschaftliche Dimension des Strukturwandels darf nicht vergessen werden. Hierfür sind die Zuweisungen an die Gemeinden zur Förderung von regionalen Kleinprojekten vorgesehen. Kürzungen in diesem Bereich wären nicht nur kurzfristig, sie verstärken auch die derzeit schon bei den Menschen in der Lausitz wahrgenommene Schieflage von ausgiebiger Unterstützung der Wirtschaft der einen Seite, sozialem und kulturellem Niedergang auf der anderen Seite.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

02 Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

| | | |
|---|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 35 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 4 6 8 |
| Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse zur Unterstützung prioritärer Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz | | |

Stichwort: Förderung von Projekten für den Strukturwandel in der Lausitz II

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 200.000 € |
| Änderung (+/-): | + 100.000 € |
| Ansatz neu: | 300.000 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
|-------------------|---------|--------|---|------------------|
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 100.000 € |
| insgesamt: | | | | 100.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung von regionalen Vorhaben in der brandenburgischen Lausitz zur Strukturentwicklung, Förderung zur Realisierung von regionalen Kleinprojekten im Kontext der Strukturentwicklung.

Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges.:

Begründung:

Der Strukturwandel in der Lausitz ist eine der größten Herausforderungen in Brandenburg.

Diese Region war viele Jahrzehnte geprägt durch den Braunkohleabbau und die Kohleverstromung. Durch den Ausstieg aus der Braunkohle steht die Lausitz von enormen Struktur- und wirtschaftlichen Problemen, die es zu bewältigen gilt.

Ministerpräsident Dietmar Woidke wird zitiert (www.berlin.de), „dass erfolgversprechende Ideen regionaler Akteure schnell in einen kontinuierlichen Prozess überführt werden müssten“.

Aus diesem Grund sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um innovative und prioritäre Projekte zu ermöglichen und umzusetzen

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

| | | |
|---|---------------------------|-------------------------|
| Seite: 35 | Kapitel: 0 2 0 1 0 | Titel: 6 8 4 6 8 |
| Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse zur Unterstützung prioritärer Projekte für den Strukturwandel in der Lausitz | | |

Stichwort: Förderung regionaler Kleinprojekte

| | |
|-------------------------------|------------|
| Ansatz im Entwurf 2022 | 200.000 € |
| Änderung (+/-): | +100.000 € |
| Ansatz neu: | 300.000 € |

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

| | |
|--|---|
| Verpflichtungsermächtigungen 2022 | |
| Ansatz im Entwurf: | € |
| Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: | € |
| Ansatz neu mit Fälligkeiten: | € |

| Deckung bei: Einzelplan 02 | | | | |
|----------------------------|---------|--------|---|------------------|
| Seite | Kapitel | Titel | Stichwort | in Höhe von |
| 9 | 02 010 | 359 10 | Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget | 100.000 € |
| insgesamt: | | | | 100.000 € |

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung von regionalen Vorhaben in der brandenburgischen Lausitz zur Strukturentwicklung, Förderung zur Realisierung von regionalen Kleinprojekten im Kontext der Strukturentwicklung.

Weniger aufgrund des Konsolidierungszwanges.

Begründung:

Durch den absehbaren Ausstieg aus der Braunkohle, der sich in den nächsten Jahren beschleunigen wird, wird auch der Strukturwandel an Dynamik gewinnen. Fördermaßnahmen für die Lausitz sind daher unabdingbar. Auf der einen Seite gibt es dafür die Bundesmittel, die jedoch mit klaren Förderkriterien, wie der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, versehen sind. Aber auch die zivilgesellschaftliche Dimension des Strukturwandels darf nicht vergessen werden! Hierfür ist die Förderung von regionalen Kleinprojekten vorgesehen. Kürzungen in diesem Bereich wären nicht nur kurzfristig, sie verstärken auch die derzeit schon bei den Menschen in der Lausitz wahrgenommene Schieflage von ausgiebiger Unterstützung der Wirtschaft der einen Seite, sozialem und kulturellem Niedergang auf der anderen Seite.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Hauptausschusses

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 02 - Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei

in Verbindung mit:

Unterrichtung der Landesregierung

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

- Drucksache 7/4213 -

und

Unterrichtung der Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichtersteller: Abgeordneter Daniel Keller (SPD)

Beschlussempfehlungen:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag die Annahme des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022, Drucksache 7/4212 - Einzelplan 02 –, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung empfehlen (Anlage 1).

Bericht:

A. Allgemeines

Der Landtag Brandenburg überwies

- den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212,
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025, (Drucksache 7/4213) und
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung, Drucksache 7/4214

in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur federführenden Beratung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung.

Der Hauptausschuss befasste sich mit den oben genannten Beratungsmaterialien in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021.

B. Beratung

In seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 beriet der Hauptausschuss erstmals den Einzelplan 02. In dieser Sitzung stellte die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei den Haushalt für den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei vor.

Die abschließende Beratung erfolgte in der 29. Sitzung des Hauptausschusses am 10. November 2021.

Es lagen zum Einzelplan 02 insgesamt 15 Änderungsanträge vor. Davon waren ein Änderungsantrag von der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, drei Änderungsanträge von der AfD-Fraktion, fünf Änderungsanträge von der Fraktion DIE LINKE und sechs Änderungsanträge von der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER eingebracht worden.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu den lokaljournalistischen Angeboten wurde damit begründet, dass eine unabhängige und kritische Berichterstattung eine wichtige Voraussetzung dafür sei, dass die Bürgerinnen und Bürger gut informiert seien und sich dadurch beteiligen könnten. Bereits in der Vergangenheit habe es die Förderung über die Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb) gegeben.

Die bisher vorgesehene Förderung in Höhe von 500.000 Euro solle mit dem Änderungsantrag auf insgesamt 1 Mio. Euro aufgestockt werden.

Die AfD-Fraktion stellte klar, dass sie die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft, wie die Zuschüsse an den Verein „Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ oder die Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung der demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, ablehne. Aus Sicht der AfD-Fraktion seien diese nicht demokratiefördernd, sondern es handele sich um eine intransparente und unkonkrete Mittelausgabe.

Die Fraktion DIE LINKE führte zu ihrem Änderungsantrag zu der Förderung lokaljournalistischer Angebote aus, dass ursprünglich lokaljournalistische Angebote mit 1,5 Mio. Euro gefördert werden sollten, so sehe es auch der Koalitionsvertrag vor. Dazu möchte die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag gern zurückkehren. Die Förderung in diesem Jahr habe gezeigt, dass mehr Anträge auf Förderung vorgelegen hätten. Die Mittel hätten demnach nicht ausgereicht. Die entsprechende Deckungsquelle der Koalitionsfraktionen halte die Fraktion DIE LINKE nicht für glücklich. Die im Haushaltsentwurf enthaltene Kürzung des Bündnisses für Brandenburg halte die Fraktion DIE LINKE für einen Fehler. Die Herausforderung sei nach wie vor groß. Auch der Strukturwandel in der Lausitz sei eine große Aufgabe für das Land. Insofern werbe die Fraktion DIE LINKE dafür, auch diese Kürzungen zurückzunehmen. Dies möchte die Fraktion DIE LINKE mit den entsprechenden Änderungsanträgen erreichen.

Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER begründete ihren Änderungsantrag zum Brandenburg-Monitor damit, dass hier durchaus der Konsolidierungszwang greifen und an dieser Stelle Einsparungen vorgenommen werden könnten. Der Brandenburg-Monitor sei auf bessere Jahre zu verschieben. Zu dem Änderungsantrag zum Lokaljournalismus wurde ausgeführt, dass aufgrund der Wichtigkeit des Lokaljournalismus eine Verpflichtungsermächtigung für die kommenden Jahre ausgebracht werden sollte. So werde eine Planbarkeit und Verlässlichkeit für die Akteure sichergestellt. Es wurde ausgeführt, dass dieser Änderungsantrag, sollte der entsprechende Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen werden, in der Summe an diesen angepasst werde. Für die Ehrenamtsförderung und den Mobilitätzuschuss sähen die Änderungsanträge der Fraktion BVB/FW je eine moderate Anhebung vor. Zwei Änderungsanträge bezögen sich ebenfalls auf den Strukturwandel in der Lausitz. Kürzungen in diesem Bereich würden den bestehenden Herausforderungen aus Sicht der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER nicht gerecht.

In der anschließenden Debatte wurden Fragen zum Nachhaltigkeitsbeirat, zum Ehrenamt und zum Strukturwandel in der Lausitz an die Staatskanzlei gerichtet, die dazu ausführte.

Während der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen wurde, wurden die übrigen Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt. Die Abstimmungsergebnisse sind in der tabellarischen Übersicht vermerkt (Anlage 3).

Letztlich votierte der Hauptausschuss mehrheitlich (6 : 5 : 0) dafür, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu empfehlen, dieser möge dem Landtag empfehlen, das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/4212, Einzelplan 02, in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen.



Daniel Keller
Berichterstatler und Vorsitzender
des Hauptausschusses

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Hauptausschusses zum Einzelplan 02 (Veränderungsnachweis zum Einzelplan 02)
- Anlage 2: Änderungsanträge zum Einzelplan 02
- Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Abstimmungsergebnisse